

Der Bundesvoranschlag 1967

Der folgende Aufsatz gibt einen knappen Überblick über das Bundesbudget 1967. Er beschreibt die Grundzüge des Budgetkonzepts und erläutert die wichtigsten Einnahmen- und Ausgabenansätze. Zum Vergleich wird der Voranschlag 1966 herangezogen, da über die tatsächliche Entwicklung des Staatshaushaltes noch keine Zahlen vorliegen.

Allgemeine Charakteristik des Budgets

Das budgetpolitische Konzept für 1967 unterscheidet sich von seinen Vorgängern. Zwar wird ebenso wie in den letzten Jahren ein annähernd „konjunkturneutrales“ Budget angestrebt, so daß vom Staatshaushalt nur geringe Impulse auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage nach Gütern und Leistungen ausgehen werden. Während jedoch in den Vorjahren der Budgetausgleich meist zu Lasten der Investitionen ging, wird diesmal den wachstumsfördernden Ausgaben (materielle Investitionen und Ausgaben für Erziehung und Bildung) der Vorrang eingeräumt und der private Konsum durch Abbau von Subventionen und durch Tarifierhöhungen zu beschränken versucht.

Der Bundesvoranschlag 1967 sieht Gesamtausgaben von 78 59 Mrd. S vor, davon 74 99 Mrd. S in der ordentlichen und 3 60 Mrd. S in der außerordentlichen Gebarung. Die Gesamteinnahmen werden auf 74 99 Mrd. S geschätzt. Der ordentliche Haushalt ist damit ausgeglichen, der Gesamthaushalt hat formell einen Abgang von 3 60 Mrd. S. Schaltet man die in der ordentlichen Gebarung veranschlagte Schuldentilgung (3 27 Mrd. S) und die erstmals im Voranschlag enthaltenen Heereskredite aus dem Ausland (0 4 Mrd. S) aus, dann ist auch das Gesamtbudget ausgeglichen. Allerdings werden auch 1967 außerbudgetäre Vorfinanzierungen von 1 1 Mrd. S genehmigt (Brenner-Autobahn, Güterwagenbauprogramm). Einschließlich der Vorfinanzierungen und nach Ausschaltung der Transaktionen mit dem Ausland (netto 0 24 Mrd. S) beträgt das

inlandswirksame Defizit 0 8 Mrd. S oder 1% der Gesamtausgaben.

Verglichen mit dem Voranschlag 1966, der annähernd eingehalten werden dürfte, werden die Gesamtausgaben um 7 80 Mrd. S oder 11% ausgeweitet. Ohne die im Vorjahr nicht veranschlagten Heereslieferungen aus dem Ausland vermindert sich der Ausgabenzuwachs auf 10%. Die Einnahmen sind ebenfalls um 10% höher angesetzt. Die Steigerungssätze übertreffen das nominelle Wachstum des Nationalproduktes, das 8% kaum übersteigen dürfte. (Diese Schätzung impliziert, daß auch 1967 eine relativ gute Konjunktur bestehen wird und daß sich der „autonome“ Einkommensauftrieb nicht weiter verstärken wird.) Die überproportionale Ausweitung der öffentlichen Ausgaben läßt erwarten, daß das Budget trotz ausgeglichener Gesamtgebarung leicht *expansiv* wirken wird.

Die Struktur der Ausgaben hat sich seit dem Vorjahr stark geändert. Die *Investitionsausgaben* im weiteren Sinne (Brutto-Investitionen, Instandhaltung und Investitionsförderung) werden um 2 6 Mrd. S oder 29% auf 11 5 Mrd. S ausgeweitet, stärker als im Rezessionsjahr 1958. Ihr Anteil an den Gesamtausgaben steigt von 12 6% auf 14 7% (1958 hatte er 17 3% betragen). Diese Vergleiche beziehen sich auf die in den Budgets veranschlagten Investitionen. Die tatsächlichen Investitionsaufträge dürften etwas schwächer (um etwa ein Fünftel) steigen, da die Vorfinanzierung eingeschränkt wurde (von 1 3 Mrd. S auf 1 1 Mrd. S) und der Voranschlag 1966 etwas überschritten worden sein dürfte.

Um das Budget trotz Mehrausgaben für Investitionen und für verschiedene andere Zwecke annähernd ausgleichen zu können, entschloß sich die Budgetpolitik, den privaten Haushalten und zum Teil auch den Unternehmungen zusätzliche *Belastungen* aufzuerlegen. Die Preisstützungen für Brotgetreide und Milch werden ab 1. Jänner 1967 teilweise abgebaut und die Konsumentenpreise entsprechend erhöht. Dadurch erspart sich der Bund

Der Bundesvoranschlag

	1966	1967	Differenz	
	Mrd. S			%
Ordentliche Gebarung				
Ausgaben	68.237	74.988	+6.751	+ 9 9
Einnahmen	68.250	74.992	+6.742	+ 9 9
Überschuß	13	4	- 9	
Außerordentliche Gebarung				
Ausgaben	2.550	3.601	+1.051	+41 2
Gesamtgebarungsabgang	2.537	3.597	+1.060	+41 8
Gesamtausgabenrahmen	70.787	78.589	+7.802	+11 0

0,8 Mrd. S, der Anteil der Subventionen an den gesamten Budgetausgaben sinkt von 4,4% auf 3,0%. Ferner werden die Post- und Telefongebühren um 25% bis 30% erhöht (Mehrerlös 1,0 Mrd. S). Berücksichtigt man außerdem, daß bereits Mitte 1966 der Zuschlag zur Mineralölsteuer (Mehrerlös 0,3 Mrd. S pro Jahr), die Tarife der Bundesbahnen (0,8 Mrd. S) erhöht wurden und der Katastrophenfonds durch Zuschläge zur Einkommen- und Vermögensteuer dotiert wird (0,5 Mrd. S), dann werden die privaten Haushalte und die Unternehmungen durch die budgetpolitischen Maßnahmen seit Mitte 1966 insgesamt mit etwa 3,4 Mrd. S pro Jahr belastet.

Diesen Belastungen stehen allerdings größere Transferzahlungen des Bundes an private Haushalte und verschiedene steuerliche Begünstigungen gegenüber. Die Transferzahlungen des Bundes für soziale Zwecke werden auch 1967 stärker als die Lohn- und Gehaltssumme steigen, obschon außer der Erhöhung der Familienbeihilfen keine neuen gesetzlichen Maßnahmen getroffen wurden. Ferner kommt den privaten Haushalten die „kleine Lohnsteuerreform“ zugute (stärkere steuerliche Begünstigung von Sonderausgaben). Schließlich gelten ab 1967 die sogenannten „Wachstumsgesetze“ (Änderung der Bewertungsfreiheit, steuerfreie Investitionsrücklage, gespaltener Körperschaftsteuer-Tarif, steuerliche Begünstigung des nichtentnommenen Gewinnes). Sie werden sich zwar 1967 voraussichtlich noch nicht auf die Steuererträge auswirken (die Gewinne dieses Jahres werden erst ab Mitte 1968 veranlagt), aber bereits die Dispositionen der Unternehmungen beeinflussen

Struktur der Bundesausgaben

Der *Personalaufwand* wird 1967 um 1,95 Mrd. S oder 8% auf 27,60 Mrd. S steigen. Davon entfallen 19,97 Mrd. S auf Aktivbezüge und 7,63 Mrd. S auf Pensionen. Die Mehrkosten 1967 erklären sich hauptsächlich aus einer allgemeinen Erhöhung der Bezüge ab 1. Jänner 1967 (2,5%) und der nun im ganzen Jahr wirksamen Erhöhung von Mitte 1966 (6%). Darüber hinaus sind nur geringe Personalkostenreserven vorhanden. Da der Personalaufwand seit zwei Jahren etwa gleich stark zunimmt wie der Gesamtaufwand, hat sich sein Anteil am Budget (35%) nicht verändert.

Der Gesamtaufwand für *Kinder- und Familienbeihilfen* ist mit 5,66 Mrd. S um 0,54 Mrd. S (11%) höher dotiert als im Vorjahr, weil der Abbau der Subventionen für Milch und Brot durch eine Er-

höhung der Beihilfen von monatlich 12 S pro Kind zumindest teilweise abgegolten wird. Die mit der Lohnsumme steigenden Dienstgeberbeiträge zum Kinderbeihilfenausgleichsfonds gleichen jedoch diesen Mehraufwand aus.

Der *Bundeszuschuß zur Sozialversicherung* mußte zufolge der Rentenautomatik, der Einführung der Bauernkrankenversicherung und höherer Ausgleichszulagen um 0,99 Mrd. S (+14%) auf 8,07 Mrd. S aufgestockt werden. Die Pensionen werden generell um 8,1% erhöht. Die Ausgleichsrentner erhalten als Abgeltung des Subventionsabbaues eine monatliche Zulage von 12 S.

Der kräftige Abbau der *Preisstützungen* um 0,80 Mrd. S (-25%) auf 2,35 Mrd. S beschränkt sich ausschließlich auf Brot und Milch. Der Futter- und Düngemittelpreisausgleich ist davon nicht betroffen. Die Stützung des Brotgetreidepreises wurde von 55 g auf 20 g pro kg herabgesetzt; der entsprechende Aufwand verringert sich von 0,61 Mrd. S auf 0,38 Mrd. S. Der Zuschlag zum Milcherzeugerpreis sinkt von 77 g auf 52 g und schränkt den Aufwand von 1,91 Mrd. S auf 1,34 Mrd. S ein (einschließlich des Zuschusses zum Defizit des Milchwirtschaftsfonds).

Der Ansatz für die *Landesverteidigung* ist mit 3,64 Mrd. S (+0,73 Mrd. S oder +25%) formell weit höher als im Vorjahr. Berücksichtigt man aber, daß die außerordentlichen Auslandskredite (1967) erstmalig budgetiert wurden, so beträgt die echte Steigerung nur 0,31 Mrd. S (+11%). Die Wehrquote (Anteil der Wehrausgaben am Brutto-Nationalprodukt) liegt mit 1,3% noch unter dem bisherigen Höchstwert (1964: 1,5%) und ist viel nied-

Struktur der Bundesausgaben

	Bundesvoranschlag		Differenz
	1966	1967 Mill. S	
Löhne und Gehälter	18 469	19 970	+ 1 501
Pensionen	7 184	7 631	+ 447
Kinder- u. Familienbeihilfen	5 118	5 660	+ 542
Kriegsopferfürsorge	1 791	1 912	+ 121
Arbeitslosenversicherung	1 210	1 238	+ 28
Sozialversicherung	7 075	8 066	+ 991
Preisstützungen	3 146	2 348	- 798
Landesverteidigung (Sachaufwand)	1 882	2 458	+ 576
Finanzschuld	3 866	4 556	+ 690
Staatsvertrag	498	247	- 251
Katastrophenfonds	—	540 ¹⁾	+ 540 ¹⁾
Verwaltungsaufwand (sachl. i. e. S.)	1 436	1 572	+ 136
Instandhaltung	1 527	1 910	+ 383
Brutto-Investitionen	5 778	7 530	+ 1 752
Investitionsförderung	1 621	2 100	+ 479
Betriebsaufwand (sachlicher) der Bundesbetriebe	4 394	4 773	+ 379
Sonstiger Sachaufwand (Restpost)	5 792	6 618	+ 826
Gesamtausgaben	70 787	78 589	+ 7 802

¹⁾ Nicht mitaddiert wegen teilweiser Doppelzählungen (z. B. Investitionsförderung).

riger als in der Schweiz und in Schweden (1964: 2 6% und 4 4%).

Der *Schuldendienst* erfordert mit 4 56 Mrd. S um 0 69 Mrd. S (+18%) mehr Mittel als im Voranschlag 1966. Davon entfallen 2 79 Mrd. S auf Tilgung und 1 77 Mrd. S auf Verzinsung.

Die Kosten aus dem Titel „*Staatsvertrag*“ laufen allmählich aus; sie ermäßigen sich abermals um die Hälfte und erfordern nur noch 0 25 Mrd. S.

Erstmals wurde 1967 ein „*Katastrophenfonds*“ (0 54 Mrd. S) geschaffen, der gegen künftige Naturkatastrophen finanziell vorsorgen soll. Der Fonds wird vier Jahre lang aus einem 3%igen Zuschlag zur Lohn-, Einkommen-, Körperschaft- und Vermögensteuer gespeist werden. Einen Teil der Mittel (0 35 Mrd. S) wird der Bund direkt einsetzen, der Rest soll an betroffene Länder, Gemeinden und Private weitergeleitet werden.

Für *investitionsähnliche Aufwendungen* werden mit insgesamt 11 5 Mrd. S um 2 6 Mrd. S (+29%) mehr Mittel bereitgestellt als 1966. Davon entfallen 7 5 Mrd. S (+1 7 Mrd. S oder +30%) auf Brutto-Investitionen und 1 9 Mrd. S (+0 4 Mrd. S oder 25%) auf die Instandhaltung von Anlagen und Bauten. Den Instandhaltungsaufwand teilen sich Bundesbetriebe und Hoheitsverwaltung (Straßen, Katastrophenhilfe) je etwa zur Hälfte. Der Zuwachs der Brutto-Investitionen kommt zwar den Bundesbetrieben (+1 3 Mrd. S oder +69%) stärker zugute als der Hoheitsverwaltung (+0 4 Mrd. S oder +10%), doch entfallen auf sie insgesamt (mit 3 2 Mrd. S) noch immer weniger Investitionen als auf die Hoheitsverwaltung (4 3 Mrd. S). Post und Bahn werden 1967 ihr bisher größtes Investitionsvolumen erreichen. Der Mehraufwand für die *Investitionsförderung* (+0 5 Mrd. S oder +30%) erklärt sich aus der Erhöhung der Mittel für den „Grünen Plan“ (von 0 54 Mrd. S auf 0 73 Mrd. S) und die Katastrophenhilfe.

Struktur der Bundeseinnahmen

Die Brutto-Erträge aus *öffentlichen Abgaben* sind mit 65 85 Mrd. S veranschlagt, um 6 26 Mrd. S oder 10 5% höher als 1966. 29 21 Mrd. S (+3 20 Mrd. S oder 12%) werden aus direkten Steuern, 36 64 Mrd. S (+3 06 Mrd. S oder +9%) aus indirekten Steuern erwartet. Nach Abzug der Überweisungen an Länder, Gemeinden und Fonds sollen dem Bund netto 41 70 Mrd. S bleiben, um 2 75 Mrd. S oder 7% mehr als im Voranschlag 1966. Die im Vergleich zum Bruttozuwachs merklich niedrigere Rate des Nettozuwachses erklärt sich zum Teil

aus formalen Gründen („Katastrophenfonds“), hauptsächlich aber aus einer Änderung des Finanzausgleiches zugunsten der Länder und Gemeinden. Ab 1967 wird die *Umsatzsteuer* zwischen Bund, Ländern und Gemeinden nicht mehr im Verhältnis 48 : 34 : 18, sondern wie 40 : 37 : 23 geteilt. Außerdem wurde der Verteilungsschlüssel für die *Mineralölsteuer* von 26 : 64 : 10 auf 6 : 74 : 20 geändert. (Der Bundeszuschlag verbleibt nach wie vor voll dem Bund.) Von der *Gewerbsteuer* hingegen erhalten die Gemeinden nur noch 50% statt wie bisher 60%.

Entwicklung der Abgabenerträge

	1964	1965	1966		1967 ¹⁾
			Zunahme gegen das Vorjahr in %		
			²⁾	¹⁾	
Direkte Steuern	+12 5	+11 4	+12 3	+15 4	+12 3
Indirekte Steuern	+12 7	+7 8	+12 1	+9 5	+9 1
Abgaben brutto	+12 6	+9 3	+12 2	+12 0	+10 5
Abgaben, netto	+11 2	+8 5	+12 4	+11 7	+7 1

¹⁾ Zunahme laut Bundesvoranschlag — ²⁾ Erfolg Jänner bis September

Die Schätzung der Steuereinnahmen kann insgesamt als durchaus realistisch angesehen werden. Mindereinnahmen sind kaum zu erwarten. Die „steuerähnlichen“ Einnahmen sollen um 1 13 Mrd. S (+15%) auf 8 72 Mrd. S steigen, davon allein die

Struktur der Bundeseinnahmen

	Bundesvoranschlag		Differenz
	1966	1967	
	Mill. S		
Direkte Steuern insgesamt	26 008	29 206	+3 198
davon Einkommensteuer	6 500	7 200	+ 700
Lohnsteuer	7 100	8 000	+ 900
Körperschaftsteuer	3 000	3 200	+ 200
Vermögensteuer	780	836	+ 56
Gewerbsteuer	4 670	5 140	+ 470
Beiträge vom Einkommen	3 687	4 567	+ 880
Sonstige	271	263	- 8
Indirekte Steuern insgesamt	33 575	36 639	+3 064
davon Umsatzsteuer samt Zuschlag	14 850	16 050	+1 200
Zölle	4 650	5 100	+ 450
Verbrauchssteuern	7 633	8 438	+ 805
Gebühren u. Verkehrssteuern	6 242	6 851	+ 609
Sonstige	200	200	—
Öffentliche Abgaben insgesamt	59 583	65 845	+6 262
Minus Überweisungen an Länder, Gemeinden, Fonds usw.	20 629	24 141	+3 512
Bundesabgaben, netto	38 954	41 704	+2 750
Steuerähnliche Einnahmen	7 588	8 718	+1 130
Vermögenserträge (ohne Zinsen)	900	888	- 12
Veräußerungserlöse	470	256	- 214
Katastrophenfonds	—	540	+ 540
Überweisungen aus dem Ausland	650	116	- 534
Sonst. Einnahmen d. Hoheitsverwaltung	3 351	4 105	+ 754
Hoheitsverwaltung insgesamt	51 913	56 327	+4 414
Einnahmen d. Monopole u. Bundesbetriebe	16 337	18 665	+2 328
davon Monopole	1 284	1 266	- 18
Post	5 702	7 231	+1 529
Bundesbetriebe	7 703	8 463	+ 760
Sonstige	1 648	1 705	+ 57
Gesamteinnahmen	68 250	74 992	+6 742

Dienstgeberbeiträge zum Kinderbeihilfenausgleichsfonds um 17⁰/₁₀₀ auf 5 62 Mrd. S.

Die Einnahmen der *Monopole und Bundesbetriebe* sind mit 18 66 Mrd. S um 2 33 Mrd. S oder 14⁰/₁₀₀ höher angesetzt als 1966. Zum Mehraufkommen trägt die *Post* allein 1 53 Mrd. S (+27⁰/₁₀₀) bei, wobei zum Trendzuwachs noch kräftige Tarifierhöhungen für Postsendungen und Telefon (zusammen 1 0 Mrd. S) kommen. Die *Bundesbahnen* sollen um 0 76 Mrd. S (+10⁰/₁₀₀) mehr einnehmen als im Vorjahr. Die Tarifierhöhung vom 1. August 1966 wird sich nun im ganzen Jahr auswirken.

Das *Netto-Defizit* der Monopole und Bundesbetriebe im ordentlichen Haushalt wird trotz den starken Tarifkorrekturen nur von 2 17 Mrd. S auf 2 02 Mrd. S sinken. Der Rückgang ist deshalb so gering, weil sämtliche Investitionen der Post (1 4 Mrd. S) in der ordentlichen Gebarung verrechnet sind.

Von den *sonstigen Einnahmen* der Hoheitsverwaltung werden die Überweisungen aus dem Ausland („Kreuznacher Abkommen“ usw. — 0 53 Mrd. S) und die Veräußerungserlöse (—0 21 Mrd. S) sehr stark abnehmen.

Anton Kausel